

Die Gewerkschaft

Zeitung zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)
Verlagspreis: Amt Marienplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post
(einschließlich Bestellgeld) 10 Mk.

Wird der jeweilige Stand des Dollars ein geeigneter Feuerungsmaßstab?

Bir haben in Nr. 35 und 36 der „Gewerkschaft“ ausführlich zu den Forderungen der Gewerkschaften gegenüber der rasend anwachsenden Teuerung Stellung genommen. Bei alledem rechtfertigt es sich, darauf hinzuweisen, daß neben dem Versailler Friedensvertrag mit seinen Auswirkungen auch im Inlande die Bucherer und Händler im Groß- und Kleinhandel den planmäßigen Beutezug unternommen haben, so daß auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft mit ihren Lohnforderungen nicht mehr weiterkommen kann. Wenngleich wir seit längerer Zeit die Aera der Lohnbewegungen feststellen müssen, war es nicht möglich, auf diesem Wege den Vorsprung einzuholen, der von den Händlern und Produzenten in bezug auf ihre Preispolitik erzielt worden ist. Geht man nun den einzelnen Grünmachern, die der Handel für das ungeheure Emporschnellen der Preise angibt, so wird fast stets die Höhe des Dollars angeführt und es hat sich auch schon in weiten Kreisen eine förmliche Manie herangebildet, täglich den jeweiligen Stand des Dollars zu forschen.

Man muß aber festgestellt werden, daß seit mehr denn einem halben Jahr eine nicht unerhebliche Senkung des Dollars vor sich gegangen ist, die sogar sprunghaft von dem Stand auf über 2000 jetzt (9. 9. 22) auf 1450 festgesetzt wurde. Also fast um die Hälfte ist der Dollar heruntergegangen und die Preise sind demgegenüber fortgesetzt weiterhin in die Höhe gelaufen. Dabei ist leicht zuzugeden, daß durch die massenhaften Käufe der besitzenden Schichten, sowie derjenigen, die einen kleineren oder größeren Papiergeldvorrat besitzen, das Händlerertum in seiner ausbeuterischen Gier indirekt gefördert wird oder unterstützt worden ist. Jedenfalls müssen wir feststellen, daß in den letzten 10 Tagen das ungeheure Ansteigen der Preise im direkten Gegensatz zum Absinken des Dollars steht.

Daß aber auch die ganze Preisentwicklungsbasis vom Stand des Dollars keine innerlich begründete ist, beweist ein Blick auf die finanziellen und wirtschaftstechnischen Entwicklungen in Deutschland, nämlich der Finanz- und Wirtschaftskrisis. Dr. Felix Pinner in Nr. 394 der Handelszeitung „Berliner Tageblatt“. Er stellt fest, daß vielfach darauf hingewiesen wird, daß die Papiermark in Mitteleuropa, der Handel auch im Inlande nur noch in Devisen abgewickelt wird und daß er ferner seine innere Wertigkeit in Gold aufstellte, d. h. seine Sachwerte aller Art (das sogenannte tote Kapital) nach Goldwert in Rechnung stellte. Das hat der Handel nachweislich ungeheure Mengen von Devisen erworben, die er in festen Händen zum Teil im Inlande, zum Teil in Banken des neutralen Auslandes. Die Ausführungen des bürgerlichen Finanzwissenschaftlers Dr. Pinner sind sehr beachtenswert und auch für

die Arbeiterschaft lehrreich, so daß wir einen Teil davon nachstehend folgen lassen:

„Die Devisen haben in den letzten Tagen — unter dem Eindruck der in zwölfter Stunde erfolgten Abwendung schwerster akuter Gefahren auf politischem und wirtschaftspolitischen Gebiete — einen Stoß erhalten. Der Stoß war merkwürdig gelinde, denn trotz gewisser Besserungen der Lage und weiterer Möglichkeiten der Entspannung, die sich aus dem Beschluß der Reparationskommission vielleicht ergeben, wurzelt der auf Katastrophenkalkulationen eingestellte und geradezu kunstvoll organisierte Pessimismus noch zu tief, und die schon zu oft enttäuschten Hoffnungen wollen sich noch nicht kräftiger hervorwogen. Die Devisenkurse haben nach dem ersten Stoß schnell wieder Boden gefunden, und bisher ließ sich feststellen, daß die Hamsterer, die wochenlang fremde Zahlungsmittel panikartig zusammengekauft haben, diesmal im Gegensatz zu früheren ähnlichen Fällen nicht dazu übergegangen sind, nach dem ersten Rückschlag ihren Besitz ebenso panikartig auf den Markt zu werfen. Immerhin steht der Dollar heute auf 1300 (11. September 1922 auf 1650), nachdem er vor einer Woche noch auf annähernd 2000 gestanden hatte, und da müssen den Warenproduzenten und Warenhändlern, die sehr schnell bei der Hand waren, die Preise ihrer Erzeugnisse dem höchsten jeweiligen Dollarstande anzupassen, doch einige Wahrheiten eingeschärft werden, die sich mit zwingender Logik gerade aus ihrer eigenen Argumentation ableiten lassen.

Die Preisbildung hat sich in Deutschland während der Zeit der Devisenkauffe mehr und mehr auf den Grundsatze der Kalkulation nach den Wiederbeschaffungskosten eingestellt, d. h. die Preise wurden nicht nach den Herstellungskosten der zum Verkauf gelangenden alten Waren, sondern nach den voraussichtlichen Kosten für die Wiederbeschaffung neuer Ersatzwaren bemessen. Dabei ließ es sich nicht umgehen, daß beim Verkauf alter, noch zu niedrigen Preisen erworben oder hergestellter Waren erhebliche Konjunkturgewinne erzielt wurden. Aber diese Konjunkturgewinne wurden dem Konsumenten sozusagen als ein „notwendiges Übel“ dargestellt, durch dessen Anwendung das Betriebskapital der Produzenten vor einer realen Verringerung, die Produktion vor einer allmählichen Verkümmern bewahrt werden sollte. Wird so argumentiert, dann ergibt sich als unabwiesbare Konsequenz die Tatsache, daß bei einem Rückgange der Wiederbeschaffungskosten infolge weichender Devisenkurse die Verkaufspreise entsprechend ermäßigt werden müssen. Die gewerblichen Kreise können sich bei rückgängigen Wiederbeschaffungskosten nicht etwa darauf berufen, daß sie die Rohstoffe, die sie auf Grund der hohen Devisenkurse eingekauft haben, nun erst zu ihren Beschaffungskosten absetzen müßten, denn sie würden damit den von ihnen selbst aufgestellten Grundsatze der Kalkulation nach den Reproduktionskosten in einer Situation, in der er zu ihren Ungunsten ausschläge, aufgeben und in das „überwundene, kriegswirtschaftliche“ System der Preisbildung nach den Herstellungskosten zurückfallen. Sie sind aber auch wirtschaftlich durchaus in der Lage, etwaige Verluste, die sich bei einer Preissenkung nach dem System der Wiederbeschaffungsrechnung für sie ergeben würden, zu tragen, denn sie können zur Deckung dieser Verluste die vorher bei aufsteigenden Wiederbeschaffungskosten erzielten Konjunkturgewinne verwenden. Ein Recht, diese Konjunkturgewinne zu behalten, die von ihnen stets als ein notwendiges Übel zur Verhütung der Kapitalverringerung bezeichnet wurden, kann ihnen un-

möglich zugesprochen werden, wenn infolge rückgängiger Devisenkurse auch der Kapitalbedarf für die Produktion sich wieder verringert. Wir sind gespannt darauf, ob unter Anwendung dieser Grundzüge alle jene Industrien, die ihre Verkaufspreise sehr schnell der Valuta angepaßt, ja sogar sehr reichlich angepaßt haben, nun ebenso ergatt die notwendigen Revisionen nach unten vornehmen werden. Wir sind insbesondere darauf gespannt, was die Herren der schweren Eisenindustrie, deren letzte Preisfestsetzungen für das Inland nach Bornahme der Kohlenzuschläge bereits bei einem Dollarkurs von 1300 über die Weltmarktpreise von Antwerpen oder Rotterdam hinausragen, nun tun werden, und wir sehen weiterhin auch den neuen Entschließungen der starken Männer vom Nähgarnsyndikat mit Interesse entgegen, die ihre Verkaufspreise vor wenigen Tagen auf das Lausener einfache der Friedenssätze erhöht haben, während der Dollar sich auch bei seinem höchsten Stand nur um das Fünfhundertfache gesteigert hatte und nunmehr auf das Dreihundertfache zurückgegangen ist. Das sind natürlich nur einige besonders hervorstechende Beispiele, und es gibt noch eine ganze Anzahl von Industrien, von denen man jetzt verlangen muß, daß sie der Probe auf das Exempel der Wiederbeschaffungskosten nicht ausweichen.

Aber auf noch eine andere Wahrheit muß hingewiesen werden. Wenn die meisten Industrien ihre Wiederbeschaffungskosten während der Wochen aufsteigender Devisenkurse jeweils nach den höchstens Spitzen der Devisenbewegung orientieren, so heilten sie sich damit keineswegs im Rahmen der wirklichen Wiederbeschaffungskosten, sondern sie nahmen Kalkulationsläge für sich in Anspruch, die — auch nach dem System der Wiederbeschaffungskosten — nur dann berechtigt gewesen wären, wenn die Industrie sich nicht vorher bereits für ihre zukünftigen Importbedürfnisse sehr weitgehend mit billigeren Devisen eingedeckt hätten. Dies hat aber fast unsere ganze Importindustrie sehr ausgiebig und seit langem getan. Gerade dadurch ist auch die Devisensteigerung erheblich über das Maß hinausgetrieben worden, das sie bei normaler Devisendeckung erreicht hätte. Man wird mit Fug und Recht behaupten können, daß die meisten importierenden Unternehmungen den weitaus größten Teil ihres jetzigen großen Devisenbestandes nicht zu Dollarkursen von 2000, auch nicht einmal zu Kursen von 1300, sondern wahrscheinlich zu Kursen zwischen 400 und 1000 Mk. erworben haben. Zu den höchsten Kursen der letzten Wochen ist nachweislich nur sehr wenig gekauft worden. Trotzdem paßten sich die angeblichen Wiederbeschaffungskosten und die Preise stets den Spitzenkursen an. Wenn man jetzt von der Industrie verlangen muß, daß sie den Grundsatz der Wiederbeschaffungskosten auch bei sinkenden Devisenkursen zur Anwendung bringt, so mutet man ihr damit nicht einmal ein Opfer im Sinne des Verzichts auf ihre ganzen Konjunkturgewinne zu. Ein Unternehmen, das seine Importdevisen auf Grund von Dollarkursen, die zwischen 400 und 1000 Mk. liegen, erworben hat, fährt noch immer sehr gut, wenn es jetzt seine Kalkulationen auf einen Dollarkurs von 1300 Mk. herabsetzt. Auch dann stehen ihm noch reichliche Gewinnreserven zur Verfügung, die zum Ausgleich der zunächst vielleicht noch weitergehenden Aufwärtsbewegung der Löhne, Kohlen- und Transportpreise benutzt werden können.

Inzwischen ist bekanntgeworden, daß die Preisprüfungsstelle Berlin merkwürdigerweise die neuen Beschaffungskosten als Grundlage der Warenpreise für den Groß- und Kleinhandel festgesetzt hat. Wir stellen fest, daß nach Entscheidungen des Reichsgerichts und nach der Auffassung im Wirtschaftsministerium sowie im Ministerium des Innern dieser Entscheid. durchaus unhaltbar ist, denn er öffnet der unbegrenzten Bewucherung der Käufer Tor und Tür. Wenn die Wiederbeschaffungskosten schon im vorweg für die alten Waren festgesetzt werden, ist eine Bestrafung wegen Wucher sozusagen überhaupt nicht mehr möglich. Nun wird im „Vorwärts“ vom 9. September 1922 eine Magistratsmitteilung bekanntgegeben, die folgendermaßen lautet:

„Wir teilten vor einigen Tagen mit, daß die Berliner Preisprüfungsstelle ihren bisherigen Standpunkt ausgegeben habe, wonach bei der Prüfung der Frage nach Wucher von den Herstellungskosten auszugehen sei, und daß sie sich nunmehr dem Wunsche weiter Handelskreise angeschlossen hätte, den Verkauf zu den Wiederbeschaffungskosten nicht als Wucher anzusehen.

Der Hauptausschuß bei der Preisprüfungsstelle Berlin hat zwar mit zwei Stimmen Mehrheit diesen Beschluß gefaßt. Aber der Magistratsvertreter hat diesen Beschluß sofort beanstandet, weil er mit den Anweisungen des preußischen Innenministeriums und des Reichswirtschafts-

ministeriums ebenso wie mit der Rechtsprechung des Reichs in Widerspruch steht. Tatsächlich wird daher bei der Prüfung, die in den nächsten Tagen in besonders großem Umfang vorgenommen werden wird, von den Herstellungskosten ausgegangen werden, zu denen Unkosten und sonstige Kosten gerechnet werden dürfen. Als Ausgleich für das Sinken des Marktwertes darf nach der Rechtsprechung des Reichs höchstens ein Zuschlag in Rechnung gebracht werden, der Steigen der Indeziffer entspricht. Darüber hinausgehende Zuschläge nach dem Devisenkurs werden nach wie vor als Wucher angesehen und bestraft werden.“

Es muß nun unbedingt von Seiten der Verbraucher der gesamten Arbeiterschaft, gefordert werden, daß die Preisprüfungsstellen, wenn sie überhaupt ernst genommen werden wollen, nach diesem letzteren Berliner Magistratsentscheidungen fahren, d. h., daß sie alle über die Indeziffern hinausgehenden Zuschläge nach dem Devisenkurs usw. als Wucher ansehen und entsprechend zur Anzeige bringen.

Leider sind in den Preisprüfungsstellen eine ganze Reihe direkter und indirekter Interessenten vertreten, die bei all nicht verfehlen werden, die Preiskurve auch weiterhin ihrer steigenden Tendenz als Maßstab zu nehmen und nicht die Indeziffern bzw. die Lohnverhältnisse der arbeitenden Masse.

Wie kommen wir aus dieser Sackgasse heraus? Wir sind darüber einig, daß diese ungeheure Unruhe unter Millionen Verbrauchern, insonderheit der Großstädte, in Wintermonaten zu allerhand Erscheinungen führen muß, das ganze Wirtschaftsleben beunruhigen. Bereits hat in Hamburg i. B. von Seiten der Betriebsräte den Verbraucherschutz eine Selbsthilfe gemacht. Die „Rote Fahne“ bringt eine eingehende Darstellung darüber. Es sind dort Handelspreise in Tabellen von den Kontrolleuren der Arbeiterschaft festgesetzt worden. Aus dem momentanen Zwange heraus hat die Handelswelt dazu bequemen müssen, die vorhandenen Waren zu diesen neu festgesetzten Preisen abzusehen. Aber nun die Waren verschwunden und die Konsumenten sind in größerer Not als vor dem. Auch die „Rote Fahne“ gibt jetzt zu, daß auf örtlicher Basis solche Experimente zum Ziele führen können. Solange wir eine kapitalistische Wirtschaft haben, wird ein Eingreifen in einzelnen Fällen für die Arbeiterschaft oftmals nur größere Schwierigkeiten auslösen. Es muß ganz allgemein durch Gesetzgebung und Verordnung, durch Überwachung und tatkräftiges Eingreifen der Konsumentenvertreter Wandel geschaffen werden. Es wird notwendig sein, daß die Arbeiterschaft, am besten durch Ortsausschüsse des ADGB, selbst Kommissionen einträgt, die Kontrolle des Handels sowie der Preisprüfungsstellen im besonderen vorzunehmen.

Wir wissen sehr wohl, daß ein entscheidender Wandel auf internationaler Basis möglich ist, indem die Parationen und die ungeheuren Geldsummen, die der Entente auf Grund des Versailler Friedensvertrages gefordert werden, in anderer Weise als bisher abgefordert werden und außerdem eine erhebliche Besserstellung des Marktes dadurch kann eine erhebliche Besserstellung des Marktes erzielt werden und damit auch eine größere Massenföhr von Nahrungsmitteln aller Art aus denjenigen Auslandsgebieten, wo zurzeit große Überflutungen liegen. Die preisregulierende Wirkung der billigeren Auslandswaren sind der stärkste Hebel gegenüber der inländischen Bewucherung. Dieser Weg ist ein sehr weiter und wir können nicht darauf warten.

Darum ist es notwendig, daß neben der ständigen Tätigkeit des Vorstandes des ADGB, wie sie sich gegenwärtig zeigt, auch an den einzelnen Orten gegen die wucherische Gestaltung des Handels energisch Stellung genommen von Seiten der organisierten Arbeiterschaft durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Bedeutung der Presse für die Arbeiterschaft.

Das deutsche Wirtschaftsleben droht große Gefahr, die aller-
dings nur von wenigen Menschen richtig eingeschätzt wird. Ein
solches Sterben hat auf dem Gebiet des Zeitungswesens ein-
mal, das zur Katastrophe führen kann; denn so notwendig für
Menschen die leibliche Nahrung ist, so notwendig ist für den
Menschen von heute geistige Kost, das heißt, das Lesen von
Zeitschriften. Lesen und Schreiben ist eine Kunst, ohne die der Mensch
seinem heutigen Stand der hochentwickelten Volkswirtschaft und
in unmöglich mehr in der Lage wäre, die Entwicklung zu
erreichen und weiter zu vervollkommen.

Die richtigen Würdigung dieser Tatsache müssen wir wissen,
denn eine Zeit gab, in der nur wenige Menschen die Kunst des
Lesens und Schreibens kannten und die Unkundigen somit fast voll-
ständig den Launen der diese Kunst Beherrschenden ausgeliefert
waren. In den Klöstern des Mittelalters waren besonders Mönche
mit dieser Tätigkeit betraut, und sie trachteten vor allen Dingen
darauf, daß die Macht der Kirche in erster Linie den größten Vorteil
brachte, weshalb die Menschheit gerade dem wackeren Schwarz-
kopfen Gutenberg zu ungeheurem Dank verpflichtet ist,
daß es durch die Erfindung der Buchdruckerkunst der Menschheit
endlich, nach und nach die Macht der aristokratischen Finsternis-
drängungen und den Menschen ein freieres Atmen
ermöglichte. Gerade die Erfindung Gutenbergs hat neben der
Erfindung des Feuers den größten Anteil an dem gewaltigen
Aufstieg der Menschheit.

Es wurde die Erfindung Gutenbergs von den damals herr-
schenden Mächten zunächst dazu benützt, deren Macht und dominierende
Stellung über die „misera Plebs“, das unwissende Volk, immer
weiter zu festigen, jedoch vergebens. Die Erfindung Gutenbergs trat
ungeachtet über die gesamte Kulturwelt an. Überall erstanden
die unter unsäglichen Mühen und Gefahren an der Aus-
übung dieser der Menschheit aus tiefer Dunkelheit emporhebenden
Tätigkeit. In die Hütten der Armut und Entrech-
ten wurden die gedruckten und mitunter von den derbsten Bildern
begleiteten Flugblätter, auf denen die damals bestehenden Zu-
stände dargestellt wurden. Sie wurden von Kundigen er-
kannt und von den nach Befreiung von Hörigkeit und Knechtschaft
suchenden gleich einem Coangelium aufgenommen. In jäh-
er Arbeit wurde so der Boden vorbereitet, auf welchem große
Bewegungen, wie der große Bauernkrieg u. a., gebiethen.
Nun allerdings die damaligen Mächthaber gehäht, wie sehr
diese Erfindung ihren Lebensnerv traf, Gutenberg wäre den-
kbar gegangen wie andere Reformatoren der damaligen
Zeit, daß der Stein war im Rollen, die Entwicklung nahm ihren

Entwicklung der Schifffahrt und die damit verbundene Ent-
deckung neuer Erdteile und Erschließung neuer Handelsgebiete, die
Entstehung und Erbauung von Städten, die beginnende Entwick-
lung der Industrie brachte Leben und Bewegung in die trüben
Lager der unter Hörigkeit lebenden und meist aderbautreibenden
Menschen. Das von Rittern und anderen Gewalthabern eifrig be-
wachte Bauernleben brachte immer mehr von der Scholle Ver-
drängung in den Bereich der Städte, wo sie entweder in den Dienst
der Handelsherren usw. traten oder in die von den Gewalthabern
gegründeten Söldnerhäusern sich einreihen ließen, dadurch immer
mehr die Massen der Besitzlosen vergrößerten. Diese Massen, denen
die gemachten Versprechungen nicht gehalten wurden, machten
gegenüber den Ständen und Räten das Leben sauer, was diese
Stände veranlaßte, mit den grausamsten Mitteln jede freiheit-
liche Bewegung innerhalb der Massen rücksichtslos zu unterdrücken.
Trotzdem behaupteten sich die nach Freiheit Drängenden und
immer wieder von neuem Mittel und Wege, sich unterein-
ander zu verständigen, wobei sie in der Druderschwärze wohl ihren
Bundesgenossen fanden. Die landauf, landab ellenden
Kriegskrieger trugen in die Hütten der in leiblicher und
geistiger Armut Schwachtenden das Coangelium von der Befreiung
des Menschen so das Samen Korn, das zum Baume erstarkte und den
Menschen so das Jahrhundertlang wie ein Alp auf der Brust
drückte. Langsam begann der Aufstieg zu den Höhen
der Kultur.

Die rasende Menschengeist zwang Naturgewalten in seinen
Bann. Die Wissenschaft schuf die Bedingungen, die es dem
Menschen ermöglichten, nach und nach die Struktur des ganzen
Weltens von Grund aus zu ändern. An Raum und Zahl
haben die Werte der Industrie und die dort beschäftigten Menschen
die für langen Lohn in überaus langer Arbeitszeit zu

fronden gezwungen waren. Legion sind die Kämpfe, die von den
Skaven der Arbeit gegen ihre Zwingherren geführt wurden und
wobei die letzteren nur zu oft Sieger blieben, weil ihnen die Machtmittel
des Staates in mehr wie ausreichendem Maße zur Ver-
fügung standen. Erstens gestützt auf eine gewaltige Kapitalmacht,
und zweitens auf eine rücksichtslos Kapitalinteressen vertretende
Presse, waren sie der Arbeiterschaft ganz bedeutend überlegen, da
diese nichts Derartiges entgegenstellen konnten, so daß lange Zeit
alle nach der Seite hin gemachten Ansätze, sich Ähnliches zu schaffen,
an der rücksichtslosen Brutalität der Kapitalmagnaten scheiterten.
Aber dank der unermüdblichen und immer wieder neu einsetzenden
Tätigkeit der Arbeiterschaft auf diesem Gebiete gelang es, wenn auch
unter ganz ungeheurer Mühe, eine Presse zu schaffen, die in schnei-
diger Weise den Kampf mit der kapitalistischen Presse nicht nur
aufnahm, sondern mit der ganzen bürgerlichen Stippstief überhaupt.
Mit eiserner Zähigkeit und nicht zu besiegender Energie wurde die
Presse der Arbeiter ausgebaut und der Weg gebahnt, auf welchem
das Proletariat seinem Ziele zustrebt. Aber auch nichts war im
Stande, dies zu hindern.

Die Mut, mit welcher sich die bezahlten Presselosen der bürger-
lichen Meute auf die sozialistischen Zeitungen stürzten, bewies, wie
recht die Arbeiter taten, sich unabhängig von der Presse zu machen,
die wohl die Pfennige der Arbeiter als Abonnementsgelder gerne
annahm, aber nicht im entferntesten daran dachte, ernstlich die
Interessen der Arbeiter auch zu vertreten. Nur Hohn und Spott
hatten sie für uns übrig.

Mit wahren Indianergeheul begrüßte gerade die bürgerliche
Presse die unerhörten Beurteilungen gegen Arbeiter die sich gegen
Unternehmerwillkür wehrten. Man erinnere sich nur der blutigen
Niederwerfung des schlesischen Weberaufstandes, des entsetzlichen
Lößtauer Zuchthausurteils in Dresden und andere, man denke an
den Schuß der „Nichttraucher“ (Streikbrecher), an die Düsseldorf-
Madonna. Jede freiheitliche Bewegung wurde von den Bütteln des
Kapitals unerhört gehändelt.

Doch unsere beste und wirksamste Waffe in diesem gigantischen
Kampfe war und bleibt unbestritten die Arbeiterpresse, die freie
sozialistische und die Gewerkschaftszeitung. Sie haben sich bei unseren
natürlichen und unnatürlichen Gegnern einen über jeden Zweifel er-
habenen Respekt verschafft. Unzählig sind die Erfolge, die sich die Ar-
beiterschaft mit Hilfe ihrer Presse errang. Wo wäre die Ar-
beiterschaft wohl heute, wenn ihr nicht eine eigene unerschöpfene
Kämpferin eben in der sozialistischen Zeitung gegen Volkswerdum-
mung und Finsternis erstanden wäre

Selbst unsere erbittertesten Gegner müssen anerkennen, daß die
sozialistische Presse in bezug auf Volksbildung ganz ungeheure Kultur-
arbeit geleistet hat und daß es gerade der Arbeiterpresse in Deutsch-
land zu danken ist, wenn an Lichtigkeit und Intelligenz die deutsche
Arbeiterschaft es mit allen anderen Nationen aufnehmen kann. Ihr
fällt der Löwenanteil an dem gewaltigen Aufschwung der deutschen
Industrie, an dem Ruf, den deutsche Erzeugnisse aller Art in der
ganzen Kulturwelt genießen, zu. Denn eine durchgebildete, auf-
geklärte Arbeiterschaft, ausgestattet mit technischem Können und
Wollen, ist weit eher in der Lage, den Wirtschaftsprozess zu fördern
und vorwärtszutreiben, als eine stupide, im tiefen Dunkel der Un-
vernunft gehaltene Bevölkerung.

Nach dem bisher Gesagten und in Berücksichtigung des ge-
waltigen Einflusses der Tagespresse dürfte klar sein, daß der Zu-
sammenbruch der Presse nicht ohne Wirkung auf die gesamte Volks-
wirtschaft bleiben wird. Die Tatsache, daß seit wenigen Monaten
einige Hundert Zeitungen in Deutschland ihr Erscheinen einstellen
mußten, muß zu denken Anlaß geben. Solange das Zeitungs-
sterben sich nur auf die bürgerliche Presse erstreckt, könnten wir dem
ja zusehen, aber leider hat es auch schon Arbeiterzeitungen den
Lebensnerv abgeschnitten. Und je krasser die Verhältnisse auf dem
Papiermarkt werden, um so größer wird die Gefahr für unsere
Zeitungen.

Angesichts solcher Gefahr sollte man meinen, daß die Arbeiter
unter allen Umständen auf die Erhaltung ihrer Presse bedacht
wären, statt dessen erleben wir die beschämende Tatsache, daß bei
jeder notwendigen vorzunehmenden Abonnementsgelderhöhung die
Zeitung, der einzige und aufrichtige Freund des Arbeiters, abbestellt
wird. Ja, die Arbeiterzeitung wird abbestellt und ein bürgerliches
Blatt mitunter ins Haus genommen, weil man doch vielleicht etwas
für den Nervenstiel braucht, was bei der Arbeiterpresse, die nur
mit realem Tatsachenmaterial aufwartet, ausgeschlossen ist.

Was soll man dazu sagen, daß von 29 Millionen deutscher
Zeitungsläser nur 4 Millionen Abonnenten der Arbeiterpresse sind,
während 25 Millionen Leser der kapitalistisch-bürgerlichen Presse
sind? Wenn man weiter vernimmt, daß an Tageszeitungen er-

scheinen: Deutschnational 402, Deutsche Volkspartei 285, Zentrum 319, Demokraten 272, „Parteilos“ 1884, also bürgerliche Zeitungen insgesamt 3162; SPD. 139, USP. 42, KPD. 45, also insgesamt Arbeiterzeitungen 226. Wer sind nun die Leser der arbeiterfeindlichen Zeitungen? Lauter Bürgerliche und Besitzende? O nein! Millionen von Abonnenten dieser arbeiterfeindlichen Presse sind leider Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade diese sind es, die dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die Mittel zur Verfügung stellen und ihr die ungeheure Macht über die Arbeiterklasse verleihen. Daher begehrt jeder Arbeiter, der sich ein bürgerliches Organ hält, moralischen und geistigen Selbstmord nicht nur allein an sich, sondern auch an seinen Klassengenossen ein nicht gut zu machendes Verbrechen.

Dieses Uebel zu beseitigen, muß unsere Aufgabe sein. Denn solange die gegnerische Presse in solcher Stärke die Situation beherrscht und die öffentliche Meinung dirigiert, solange hilft alles Kratzen und Schimpfen über die jetzigen Zustände nichts, denn gerade die, welche dabei am lautesten schreien, sind diejenigen, die es verhindern, daß es besser wird, weil sie in ihrem Unverstand nicht merken, daß sie die Kapitalisten und nicht ihre Klassengenossen, die für bessere Verhältnisse kämpfen, unterstützen.

Wer also dieser Tatsache sich schämt, wer Anspruch darauf erhebt, sein Teil mit beizutragen, daß die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften wichtig und ganz die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zur Geltung bringen können, und wer will, daß die Meinung des arbeitenden Volkes zur maßgebenden wird, der sorge dafür, daß aus den Reihen seiner Klassengenossen und aus deren Wohnungen die bürgerlichen Zeitungen verschwinden, und zwar restlos. Nur dann wird es dazu kommen, daß die Arbeiterpresse das Sprachrohr der öffentlichen Meinung wird, denn dann haben wir auch die Garantien geschaffen, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft solchen Nachdruck zu geben, daß sie in aller Deffentlichkeit durchgesetzt und erzwungen werden können. In dem Augenblick, wo die arbeitende Bevölkerung sich von der bürgerlichen Presse befreit hat, ist deren Macht dahin, ist aber auch der Einfluß der Ausplünderer gebrochen.

Je stärker also der Rückhalt einer freien, sozialistischen Presse, desto mächtiger die Berechtigung und desto größer die Freiheit, um so kleiner aber der Wille zur Unterdrückung und Ausbeutung auf der Seite der Gegner. **Johann Bernreuther.**

Die Bewegung um den 13. Lohnarif in Berlin.

Nachdem am 31. August 1922 die abschließenden Verhandlungen über die nachträgliche Augustregelung der Löhne für die städtischen Arbeiter erfolgt war, beantragte das Lohnkartell die Zahlung eines Vorschusses von wöchentlich 1000 Mf. für den Monat September bis zur endgültigen Regelung der Septemberlöhne. Die Tariffkommission des Magistrats lehnte diesen Antrag ab, erklärte sich aber bereit, in den ersten Septembertagen mit dem Kartell über einen Vorschuß auf die Septemberlöhne zu verhandeln, in der Auffassung, daß dann eine Uebersicht über die staatliche Regelung möglich sei. Die finanziellen Verhältnisse Berlins haben es leider mit sich gebracht, daß eine von der Staatsregelung abweichende Regelung der Lohnverhältnisse für Berlin beim Magistrat auf den stärksten Widerstand stößt, da Berlin erklärt, aus eigenen Mitteln die notwendigen Beträge für Löhne und Beamtengehälter nicht aufbringen zu können. Die Sitzung über den Septembervorschuß fand am Mittwoch, den 6. September, statt. Da inzwischen der Abschluß der Reichsregelung erfolgt war, unterbreitete die Tariffkommission des Magistrats dem Lohnkartell die Reichsregelung unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Die im Reich getroffene Regelung muß als durchaus ungenügend und unbefriedigend bezeichnet werden. Auf Grund der von uns oben gekennzeichneten Situation in Berlin erklärten die Vertreter des Magistrats aber, nicht in der Lage zu sein, andere weitergehende Zugeständnisse machen zu können. Als einziges Zugeständnis war man bereit, die bisherigen prozentualen Bezüge der Arbeiterinnen beizubehalten, während im Reich die Klasse der ungelerten Arbeiterinnen eine prozentuale Verschlechterung in den Löhnen erfahren hat. Die Verhandlungskommission des Lohnkartells befand sich in einer äußerst schwierigen Situation angesichts der kategorischen Weigerung des Magistrats, von der staatlichen Regelung abzugehen. Die Notlage der städtischen Arbeiter ist eine große, erhöhte Bezüge eine dringende Notwendigkeit. Die Verhandlungskommission erklärte sich unter Berücksichtigung dieser Umstände bereit, die Vorschläge des Magistrats zu vertreten, wenn schnellstens, d. h. noch im Laufe der

Woche, ein Vorschuß von 1000 Mf. zur Auszahlung gelangen. Maßgebend für die Haltung der Verhandlungskommission war die Mitteilung, daß die Spitzenorganisationen noch im Laufe des Monats in erneute Verhandlungen eintreten würden. Der Magistrat aber am selben Tage stattgefundenen Sitzung dem Antrag auf Zahlung des Lohnvorschusses von 1000 Mf. zugestimmt und die große Tariffkommission des Lohnkartells hat dann den Vorschlag ihre Zustimmung gegeben. Die wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter und das Ergebnis der Lohnverhandlungen Gegenstand der Beratung in einer Funktionärerversammlung des Lohnkartells sein. Nach der Neuregelung gestalten sich die Verhältnisse wie folgt:

Löhne für September.

	Männliche	Weibliche	
		Männl. Lohn	Weibl. Lohn
Ungelernte:	18-21 Jahre	40,95	41,35
	21-24 "	46,05	40,50
	über 24 "	51,15	51,65
Angelernte:	18-21 "	41,60	42,-
	21-24 "	46,80	47,25
	über 24 "	51,95	52,45
Handwerker:	18-21 "	43,55	43,95
	21-24 "	49,-	49,45
	über 24 "	54,40	54,90
Jugendliche (auch Kindererwerbsfähige):	14	20,50	—
	15	25,60	—
	16	28,15	—
	17	30,70	—
Kindererwerbsfähige:	18-21	32,80	—
	21-24	36,85	—
	über 24	40,95	—

Frauenzuschlag wie bisher 1.— Mf.
Kinderbeihilfe von 1,75 Mf. erhöht auf 2.— Mf.

Wehrergebnis.

	Männliche			Weibliche			
	Stb.	Woche	Monat	Stb.	Woche	Monat	
Ungelernte:	18 bis 21 Jahre	9,60	400,80	1096,80	7,-	336,-	1456,-
	21 " 24 "	10,80	518,40	2246,40	7,80	374,40	1622,40
	über 24 "	12,-	576,-	2496,-	8,70	417,60	1802,40
Angelernte:	18 bis 21 Jahre	9,80	470,40	2088,40	7,10	340,80	1477,20
	21 " 24 "	11,-	528,-	2288,-	7,95	381,60	1658,40
	über 24 "	12,20	585,60	2587,60	8,85	424,80	1944,-
Handwerker:	18 bis 21 Jahre	10,10	484,80	2100,80	7,85	362,80	1538,40
	21 " 24 "	11,35	544,80	2360,80	8,20	393,60	1700,40
	über 24 "	12,60	604,80	2620,80	9,15	439,20	1908,-

Die Kinderbeihilfe erhöht sich um 25 Pf. pro Kind = 5 12 Mf., = Monat 52 Mf.

Magistrat. Tarif 2. Berlin, den 6. September 1922.
Betrifft: Vorschußzahlung an die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Löhne der städtischen Arbeiter werden vom 1. September ab voraussichtlich im selben Maße wie die Löhne der Arbeiter erhöht. Wir haben beschlossen, den nach den erhöhten des 12. Lohnarfs entlohten städtischen Arbeitern als Vorschußzahlung auf die erhöhten Löhne für September folgende Beträge zu gewähren:

	männlich	weiblich
Arbeitnehmer über 18-21 Jahre	800,-	590,-
" " 21-24 "	900,-	650,-
" " 24 "	1000,-	725,-
Jugendliche u. Kindererwerbsfähige 14 Jahre	400,-	290,-
" " " 15 "	500,-	360,-
" " " 16 "	550,-	395,-
" " " 17 "	600,-	435,-
Kindererwerbsfähige über 18-21 Jahre	650,-	460,-
" " " 21-24 "	700,-	500,-
" " " 24 "	750,-	550,-

Verheiratete im Alter von 21 bis 24 Jahren erhalten den Zuschuß der über 24 Jahre alten Arbeitnehmer.
Arbeitnehmer, die vor dem Tage der Zahlung dieses Vorschusses aus dem städtischen Dienst geschieden sind, erhalten den Vorschuß. Nach dem 1. September in den Dienst der Stadt getretene oder in weniger als achtfundiger Arbeitszeit beschäftigte Arbeitnehmer erhalten einen — entsprechend ihrer

Arbeitern — anteiligen Lohnzuschuß. Die Verrechnung dieses Zuschusses hat anteilig an den noch kommenden Zahlungen im September zu erfolgen. Arbeitnehmern, die vor dem 30. September aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden, ist der volle Zuschuß beim Austritt anzurechnen. Wir ersuchen, die Vorbereitung zur Auszahlung dieses Zuschusses so zu beschleunigen, daß die Auszahlung noch in dieser Woche, spätestens am 9. d. M., erfolgt.

Regelung der Arbeiterlöhne des Reiches.

Der Reichsminister der Finanzen. I B 24 104. Auf Grund der mit den Arbeitgeberorganisationen geführten Verhandlungen sind die Löhne der Arbeiter mit Wirkung vom 1. September 1922 ab neu vereinbart. Die nach dieser Regelung zu zahlenden Lohnsätze der Ortsklassen sind in der untenstehenden Tabelle enthalten. Für die übrigen Ortsklassen sind die Lohnsätze an Hand der in der Tabelle unter Anmerkung 1 enthaltenen Ortsklassenunterschiede und Beispiele von den Dienststellen zu ermitteln. Die Lohnsteigerungen gelten rückwirkend vom 1. September 1922 für Arbeiter, die an diesem Tage noch im Arbeitsverhältnis zur Reichsverwaltung oder einer Reichsorganisation standen. Den vorhandenen Lehrlingen sind die jeweiligen für die Lehrlinge der Reichsverwaltung festgesetzten Vergütungen zu zahlen. Der Zuschlag beträgt vom 1. September d. J. ab 2 M. für die Stunde 60 M. für die Woche oder 416 M. für den Monat. Frauenzuschlag: Die Lohnsätze für Frauen sind in der bisherigen Höhe (vgl. Rundschreiben vom 5. April d. J. — I B 10 529 —) bestehen. Die Bezüge im Bereich des Reichsverkehrs- und Reichspostministeriums gebühren den Angestellten entsprechend. Von den an der Anstaltsbefähigung teilnehmenden Arbeitern sind für die volle Befähigung der Arbeiter 2 des Ergänzungsabkommens vom 25. April d. J. auf den Lohnzuschlag vom 1. September d. J. ab von den Lohnsteigerungen zu befreuen: In Ortsklasse A für den vollen Kalendermonat 5020 M., C 4930 M., D 4840 M., E 4750 M. Ich darf mich freuen, wegen Auszahlung der erhöhten Bezüge das Erforderliche zu tun, um die Wege zu ebnen.

A. Betriebsarbeiter (Stundenlohn).

Lohngruppe	Männliche Kräfte							Weibliche Kräfte		
	Lohngruppe							Lohngruppe		
	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II	III
1	—	—	—	—	20,75	20,25	19,85	15,90	14,80	13,90
2	—	—	—	—	25,70	25,20	24,80	19,35	18,25	17,35
3	—	—	—	—	30,65	30,15	29,75	22,80	21,70	20,80
4	—	—	—	—	35,60	35,10	34,70	27,85	26,75	25,85
5	45,40	44,30	43,20	42,10	41,00	40,10	39,20	32,75	31,65	30,75
6	47,95	46,85	45,75	44,65	43,55	42,65	41,75	35,30	34,20	33,30
7	50,45	49,35	48,25	47,15	46,05	45,15	44,25	38,35	37,25	36,35
8	52,95	51,85	50,75	49,65	48,55	47,65	46,75	40,40	39,30	38,40
9	55,45	54,35	53,25	52,15	51,05	50,15	49,25	42,45	41,35	40,45
10	57,95	56,85	55,75	54,65	53,55	52,65	51,75	45,50	44,40	43,50

Die vorstehenden Lohnsätze der Ortsklasse A verringern sich, und zwar in allen Lohngruppen und Altersstufen, bei den männlichen Kräften in der Ortsklasse B um je 1,30 M., C 2,60 M., D 3,90 M., E 5,20 M. Bei weiblichen Kräften in Ortsklasse B um je 0,90 M., C 1,80 M., D 2,70 M., E 3,60 M.

Hiernach beträgt beispielsweise der Stundenlohn des 24jährigen Arbeiters der Lohngruppe III in Ortsklasse C 50,20 M., des 22jährigen Arbeiterin der Lohngruppe VII in Ortsklasse D 43,70 M., des 18jährigen Arbeiterin der Lohngruppe VI in Ortsklasse B 33,80 M., der 14jährigen Arbeiterin in der Lohngruppe II in Ortsklasse C 13,— M., der 24jährigen Arbeiterin der Lohngruppe III in Ortsklasse E 31,10 M.

2. Von den Wochenlohnsätzen entfallen zwei Drittel auf den Grundlohn, ein Drittel auf den Teuerungszuschlag.

B. Verwaltungsarbeiter (Wochenlohn).

Lohngruppe	Männliche Kräfte			Weibliche Kräfte	
	I	II	III	I	II
	Handwerker	Knecht	Ungelernte	Knecht	Ungelernte
1	—	984,—	952,00	—	887,20
2	—	1221,00	1190,40	—	1122,80
3	—	1458,00	1428,—	—	1364,40
4	1987,80	1744,80	1713,60	1268,80	1200,—
5	2569,20	1988,80	1956,80	1401,60	1332,—
6	2778,80	2064,40	2029,20	1486,80	1416,—
7	2998,80	2174,40	2143,20	1569,60	1500,—
8	3298,40	2298,—	2266,80	1654,40	1584,80
9	3436,40	2316,—	2284,80	1668,—	1598,40
10	3498,40	2364,—	2332,80	1701,60	1632,—
11	3534,40	2412,—	2380,80	1735,20	1666,—

Die vorstehenden Wochenlohnsätze der Ortsklasse A verringern sich, und zwar in allen Lohngruppen und Altersstufen, bei den männlichen Kräften in der Ortsklasse B um je 62,40 M., C 124,80 M., D 187,20 M., E 250 M.; bei den weiblichen Kräften in Ortsklasse B um je 43,20 M., C 86,40 M., D 129,60 M., E 172,80 M. Hiernach beträgt beispielsweise der Wochenlohn des 24jährigen Handwerkers (Lohngruppe I) in

Ortsklasse C 2409,60 M., des 22jährigen angeleiteten Arbeiters (Lohngruppe II) in Ortsklasse D 2128,80 M.; der 18jährigen angeleiteten Arbeiterin (Lohngruppe I) in Ortsklasse B 1358,40 M., der 24jährigen ungeleiteten Arbeiterin (Lohngruppe II) in Ortsklasse E 1492,80 M.

2. Von den Wochenlohnsätzen entfallen zwei Drittel auf den Grundlohn, ein Drittel auf den Teuerungszuschlag.

C. Zigarettarbeiter (Monatslohn).

Lohngruppe	Som vollendet ... Lebensjahre	Männliche Kräfte				Lohngruppe	Weibliche Kräfte			
		Im Dienstjahre					Im Dienstjahre			
		1	2	3	4		1	2	3	4
1	18	9240	9480	9680	9900	4	6396	6516	6636	6816
	19	9780	10010	10230	10450		6744	6864	6984	7192
	20	10320	10550	10770	11000		7112	7232	7352	7568
	21	10860	11090	11310	11540		7480	7600	7720	7936
2	18	8787	8996	9205	9414	5	6318	6438	6558	6768
	19	9310	9519	9728	9937		6694	6814	6934	7144
	20	9833	10042	10251	10460		7070	7190	7310	7520
	21	10356	10565	10774	10983		7446	7566	7686	7896
3	18	8670	8876	9082	9288	6	6086	6210	6334	6498
	19	9193	9399	9604	9809		6462	6591	6719	6898
	20	9716	9922	10127	10332		6838	6972	7106	7290
	21	10239	10445	10650	10855		7214	7353	7492	7680

Die vorstehenden Monatsätze der Ortsklasse A verringern sich, und zwar in allen Lohngruppen, Lebensalters- und Dienstaltersstufen, bei den männlichen Kräften in Ortsklasse B um je 260 M., C 520 M., D 780 M., E 1040 M.; bei den weiblichen Kräften in Ortsklasse B um je 180 M., C 360 M., D 540 M., E 720 M.

Hiernach beträgt beispielsweise der Monatslohn eines 24jährigen Arbeiters der Lohngruppe III im 4. Dienstjahre in Ortsklasse B 10 060 M., eines 18jährigen der Lohngruppe II im 1. Dienstjahre in Ortsklasse C 8267 M., eines 21jährigen der Lohngruppe I im 3. Dienstjahre in Ortsklasse E 9190 M.; einer 24jährigen Arbeiterin der Lohngruppe IV im 4. Dienstjahre in Ortsklasse B 7388 M., einer 18jährigen der Lohngruppe V im 2. Dienstjahre in Ortsklasse D 5928 M., einer 21jährigen der Lohngruppe VI im 3. Dienstjahre in Ortsklasse E 5995 M.

Reichs- und Staatsarbeiter

Der Reichsminister der Finanzen. I. B. 23268. Berlin, den 31. August 1922. In Abänderung meines Rundschreibens vom 29. Juni 1922 — I B 18 206 — betreffend Lohnzahlung gemäß § 8 des Tarifvertrages vom 31. Mai bzw. 1. Juni 1921 für Maschinisten, Heizer und Kraftwagenführer, soweit sie nicht als Handwerker zu entlohnen sind, erkläre ich mich mit nachstehender vom 1. August 1922 ab geltender Regelung einverstanden:

1. Maschinisten sowie Heizer an Maschinenteilen oder Hochdruckheizungsstellen, die als solche einen von einer amtlich anerkannten Prüfungsstelle ausgestellten Befähigungsnachweis besitzen, sowie Kraftwagenführer, die bereits mindestens ein Jahr bei einer Reichsdienststelle als solche tätig gewesen sind, erhalten, soweit sie unter dem Tarifvertrage für Verwaltungsarbeiter fallen, neben dem Lohn der anerkannten Arbeiter einen Lohnzuschlag von 28,80 M. für die Woche, soweit sie unter den Tarifvertrag für Betriebsarbeiter fallen, neben dem Lohn der Lohngruppe V einen Lohnzuschlag von 60 Pf. für jede wirklich geleistete Arbeitsstunde.
2. Die unter Ziffer 1 bezeichneten Kraftwagenführer, welche in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern als Führer von Kraftwagen mit Verbrennungsmotoren beschäftigt sind, erhalten, soweit sie unter den Tarifvertrag für Verwaltungsarbeiter fallen, neben dem Lohnsatz der anerkannten Arbeiter und dem Lohnzuschlag von 28,80 M. einen weiteren Lohnzuschlag von 24 M. für die Woche, soweit sie unter den Tarifvertrag für Betriebsarbeiter fallen, neben dem Lohnsatz der Gruppe V und dem Lohnzuschlag von 60 Pf. einen weiteren Lohnzuschlag von 50 Pf. für jede wirklich geleistete Arbeitsstunde.

Erhöhung der Befähigungszulagen! Am Freitag, den 7. September, haben im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisationen über weitere Erhöhungen der Befähigungszulage stattgefunden, mit dem Ergebnis, daß diese Zulagen nunmehr ab 1. September d. J. in Ortsklasse A von 225 M. auf 1000 M., in B von 190 M. auf 850 M. und in C, D, E von 155 M. auf 700 M. erhöht wurden. Die bisher gewährte Ausgleichszulage in Höhe von 225 M. in Ortsklasse A, 190 M. in Ortsklasse B und 155 M. in Ortsklasse C, D und E bleiben unverändert. Die Kinderbeihilfe erhöht sich gleichfalls von 40 M. auf 185 M. monatlich. Verheiratete Pensionäre erhalten von diesen Sätzen 50 Proz., Ledige 40 Proz. Die Kinderbeihilfen werden auch den Pensionären voll gewährt. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern in Oberschleifen werden die bisher im bestellten Gebiet gewährten Ausgleichszulagen von 225 M., 190 M. und 155 M. monatlich gewährt. Die gesamten Zulagen ergeben in ihrer Auswirkung das 4½fache der bisher gewährten Sätze.

Landstraßenwärter

Regierungsbezirk Wiesbaden. Die Tagelohnsätze der Ledigen und der Verheirateten werden ab 1. August 1922 in den Ortsklassen A, B und C um je 40 M., diejenigen der Ortsklassen D und E um je 36 M. erhöht.

Table with 7 columns: Ortsklasse, Ledige, Verheiratete, mit 1 Kind, mit 2 Kind, mit 3 Kind, mit 4 Kind, für jedes weitere Kind. Rows A, B, C, D, E.

Die in obigen Lohnsätzen der Verheirateten enthaltene Hausstandszulage ist mit 8 M. zu bewerten. Arbeiter unter 20 Jahren (Jugendliche) erhalten einen um je 10 Proz. für jedes Minderjahr herabgesetzten Lohn.

Table with 7 columns: Ortsklasse, Ledige, Verheiratete, mit 1 Kind, mit 2 Kind, mit 3 Kind, mit 4 Kind, für jedes weitere Kind. Rows A, B, C, D, E.

Hausstandszulage, Kinderzulage und Ueberteuerungszuschuß wie unter Lohnsätzen X angegeben. Arbeiter unter 20 Jahren (Jugendliche) erhalten einen um je 10 Proz. für jedes Minderjahr herabgesetzten Lohn.

Herzberg (Eifel). Die Versammlung der Straßenwärter findet wegen Waldarbeiten nicht am 16. September, sondern am 5. Oktober d. J., vormittags 9 Uhr, in Falkenberg (Bez. Halle) im Gasthaus Lindenfr. 1 statt.

Magdeburg. Für Straßenwärter und Straßenarbeiter der Provinzial- und Kreisstraßenverwaltungen ist zwischen unserem Verband und dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband vom 1. bis 30. September folgende Lohnsätze vereinbart worden:

Aus unserer Bewegung

Gau Brandenburg. In der Lohnverhandlung für die Gasarbeiter in Nomowes am 2. September ist folgendes Resultat erzielt worden: 1. Feuerleute pro Stunde 58,70 M., 2. Feuerleute 58,35 M., 3. Feuerleute 57,55 M., Hofarbeiter 54,90 M.

Gau Düsseldorf. Die Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Rheinland-Westfalens haben zu folgenden Vereinbarungen geführt: Die Tarifspitzenlöhne werden ab 1. September 1922 in Ortsklasse A in Gruppe 1 auf 77 M. (statt 44,80 M.)...

Gau Frankfurt (Ober). Für die städtischen Arbeiter im Bereich des Arbeitgeberverbandes der Ostmark ist mit Geltung vom 28. bis 14. September 1922 ein neuer Lohnsatz beschlossen.

Table with 3 columns: Lohnklasse, Beschreibung, Lohnsatz. Rows I, II, III, IV, V, VI, VIa, VII, VIIa.

Die Hausstandszulage beträgt 1,50 M., die Kinderzulage 20 M. für die Stunde. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Bezirkslohnstariffes vom 25. Juli 1922.

Gau Esfurt. Mit dem Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Mitteldeutschlands mußten Anfang August Lohnsätze bis 8. September abgeschlossen werden.

Table with 4 columns: Lohnklasse, Ort, Lohnsatz (bis 1. September), Lohnsatz (ab 1. September). Rows include Gelernte Arbeiter, Angelehrte Arbeiter, etc.

Die Sozialzulage beträgt wie bisher pro Lohnsatz für die unterhaltungsberechtigten Kinder bis zur Vollendung der Volksschulpflicht 1,50 M.

Bezirk Niederelbe (Gau Hamburg). Die endgültige Lohnsätze für Monat Juli erhöhte die Lohnbezüge des ungelerneten bis 29. M. Die Lohnbezüge des gleichgestellten weiblichen Arbeiters auf 21,24-21,71 M. pro Stunde.

... aber als sicher angenommen werden. Die Lohn-
... August ergibt nunmehr folgendes Bild:
Lohngebiet A Hamburg-Stadt, Bergedorf, Altona
Lohngebiete, Wandsbek, Wilhelmsburg, Harburg a. d. E.

Männliche Arbeiter p. Std.		Weibliche Arbeiter p. Std.	
Lebige 21-34 Jahre	Lebige ab 34 u. alle Ferkeltat	Lebige 18-21 Jahre	Lebige ab 21 u. alle Weibeltat
34,30	41,68	25,29	27,14
35,27	41,81	25,64	27,50
35,90	42,80	26,-	27,96
35,90	42,80	26,-	27,96
36,80	42,79	26,40	28,28
36,87	43,27	26,77	28,59
36,87	43,27	26,77	28,59
37,38	43,27	26,77	28,59
37,38	43,27	26,77	28,59
37,84	44,24	27,50	30,33

Lohngebiet B. Minderung des Lohnneinommens um 0,65 bzw. 0,20 M.; Lohngebiet C um 0,90 bzw. 0,70 M.; Lohngebiet D um 3,60 bzw. 3,63 bzw. 3,65 M. pro Stunde für männliche Arbeiter, weibliche entsprechend.
Lohnvereinbarung für die Elektrizitätsarbeiter des Altona. Der Lohn beträgt vom 23. August 1922 71 M., Angelernte 69,50 M., Ungelernte 68,50 M., 62,70 M. Außer diesem Lohn erhalten die Facharbeiter von 3 M. pro Stunde.

Unsere Caution und die Verhandlungskommission in der Lohnverhandlung am 1. September einen Aus- die Zeit der besonderen Teuerung herbeizuführen. Eine Wirtschaftsbetriebe lehnte der Tarifverband Thüringer dafür gelang es, die Lohnhöhung ab 1. September zu. Beide Parteien gaben nach längerer Verhandlung ihre zu nachfolgenden Lohnsätzen:

Kategorie	ab	in Ostklasse			
		I	II	III	IV
Männliche Arbeiter	1.9.-14.9.	55,-	52,50	49,-	45,-
	15.9.-5.10.	63,-	60,-	56,-	51,50
Weibliche Arbeiter	1.9.-14.9.	53,-	50,50	47,-	43,-
	15.9.-5.10.	61,-	58,-	54,-	49,50
Männliche Arbeiter	1.9.-14.9.	52,-	49,50	46,-	42,-
	15.9.-5.10.	60,-	57,-	53,-	48,50
Frauen	1.9.-14.9.	29,-	27,50	25,-	22,-
	15.9.-5.10.	33,-	31,25	28,50	26,50
Maschinenfrauen	1.9.-14.9.	24,50	23,90	21,90	18,90
	15.9.-5.10.	27,50	26,05	23,80	20,55

Männliche gelernte Arbeitnehmer unter 21 Jahren erhalten bei Lohnsätzen der ungelerten Arbeiter über 21 Jahre. Jugendliche Arbeitnehmer erhalten im Alter von 19-21 Jahren 18-19 Jahren 70 Proz., 16-18 Jahren 60 Proz., unter 15 Jahren 50 Proz. der Lohnsätze der ungelerten (männlichen bzw. weiblichen) Arbeitnehmer in Lohngruppe 3 bzw. 4. Daneben werden: 1. Als Sonderzulagen nach § 9 arbeitsföndlich: 1. Die Zulage in Höhe von 50 Pf. 2. Die Zulage für besonders schwere und schmutzige Arbeiten (nach örtlicher Vereinbarung). 3. Sozialzulagen nach § 10 für die regelmäßige Arbeitszeit über 48 Stunden. 1. Das Hausstandsgeld in Höhe von 20 M. 2. Die Kinderzulage in Höhe von 50 Pf. für jedes Kind bis zur Vollendung der Volksschulpflicht.

Als Löhne für die städtischen Arbeiter ab 1. September folgende Sätze festgelegt: Für gelernte Arbeiter 53 M., ungelernete Arbeiter 52,50 M., ungelernete Arbeiter 52 M., minderwertigfähige Arbeiter 50,50 M., Quälerinnen 50 M., Frauen einschließlich Kochfrauen 28 M., Saisonarbeiter 20 M., Lehrlinge im 2. Lehrjahre pro Woche 200 M. Lohnvereinbarung gilt bis 30. September 1922. Tritt jedoch im Laufe des Monats eine wesentliche Verteuerung der Lebens- und Arbeitsmittel ein, so treten die Vertragsparteien ohne vorherige Zustimmung zur neuen Lohnfestsetzung zusammen. Als Ausgleich für den letzten Hälfte des Vormonats einfließende außerordentliche Verteuerung erhalten Verheiratete und Frauen, soweit sie einen Hausstand führen oder die alleinigen Ernährer der Familie sind, eine einmalige Teuerungszulage von 600 M., Ledige und die Frauen 400 M.

Die Vertreter der Arbeitgeber wollten sich nicht bewegen lassen, daß die jetzigen Teuerungverhältnisse entsprechende Lohnregulierungen notwendig machen. Vor der Entscheidung kam es trotzdem zu einer Einigung der Parteien, im Ergebnis die nachfolgende Tabelle veranschaulicht:

Kategorie	14-16	16-18	18-20	20-21	21-24	ab 24
Männliche Arbeiter	—	—	82,10	49,50	51,10	58,25
Weibliche Arbeiter	—	—	80,60	42,-	49,65	51,75
Maschinenarbeiter	14,-	21,90	29,10	40,50	48,10	50,25

Die Schwerarbeiterzulage bleibt bestehen. Hausstandsgeld und Kindergeld wird nach den gleichen Sätzen des letzten Tarifs gewährt.

Frauen	14-16	16-18	18-20	20-21	ab 21
Gelernte	—	—	—	28,40	35,10
Angelernte	—	—	22,-	27,30	34,10
Ungelernte	14,-	17,40	20,30	26,20	33,10

Reinmachefrauen, Kartoffelschälfrauen, Toilettenwärtnerinnen und Desinfektorinnen erhalten pro Stunde 25 M. Das Abkommen gilt für die Zeit vom 1. September bis 15. September 1922.

Osnabrück. In der Mitgliederversammlung am 2. September gab Kollege Müller den Bericht über die Lohnverhandlungen in Bielefeld. Das Abkommen war von den Vertretern unseres Verbandes und den Arbeitgebern getroffen und ergibt für Osnabrück und Bielefeld in der Spitze folgende Löhne ab 1. September: Handwerker 48,50 M., Angelernte 47,20 M., Ungelernte 46,80 M., Frauen 28,30 M. Dazu kommen für die Verheirateten eine Frauenzulage von 6 M. für den Werktag und für jedes Kind eine Zulage von 8 M. In der Aussprache wurde kritisiert, daß eine weitere Differenzierung zwischen Handwerkern, Angelernten und Ungelernten eingebracht ist. Es wurde auf den Bezirkstarif verwiesen, der für die Differenzierung umschreibt. Das Abkommen gilt bis 15. September und wurde angenommen. Die Wahl der Sautagsdelegierten ergab: die Kollegen B. Schmale, Wegner und Schierenbeck mit den meisten Stimmen gewählt.

Trier-Mosel. Die Führung unserer Verbandsgeschäfte haben wir einem besoldeten Sekretär übertragen. Unsere Mitglieder haben Gelegenheit, an jedem Tage in der Woche geschäftliche Angelegenheiten in unserm Bureau, Jüderberg 11, zu erledigen. Bis 1. Oktober ist die Bureauzeit für unsere Mitglieder täglich von 5-7 Uhr festgelegt. Nach dem 1. Oktober wird den Mitgliedern noch Genaueres mitgeteilt werden. Zu einer geordneten Geschäftsführung gehört für eine freigewerkschaftliche Organisation vor allen Dingen das pünktliche Bezahlen der Beiträge. Um eine Uebersicht über den Eingang der Wochenbeiträge zu bekommen, ist eine durchgehende Bücherkontrolle notwendig. Unsere Kassierer sind angewiesen, die Mitgliedsbücher von den Mitgliedern einzuziehen und im Bureau zur Kontrolle vorzulegen. Es wird gebeten, den Kassierern bei ihrer Arbeit keine Schwierigkeiten zu bereiten, sondern behilflich zu sein. Es liegt im Interesse aller Mitglieder, daß die Beiträge pünktlich bezahlt werden. Wer nach dem Statut unseres Verbandes mehr als 6 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande ist, verliert jeden Anspruch auf Unterstützung. Alle Sendungen richte man an B. Pfingsten, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Trier, Jüderberg 11.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Die Kartellfähigkeit des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer. Die „Gewerkschaft“ und die gesamte Arbeiterpresse hat sich seinerzeit mit dem bekannten Schreiben gelber Färbung des Hauptvorstandes der Maschinisten und Heizer an den Magistrat beschäftigt. Einmütigkeit herrschte in der Beurteilung dieses Schreibens. Diese „Corbeeren“ haben anscheinend den Hauptvorstand des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer angeporrt, sich weiter in dieser Richtung zu betätigen. Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer ist Mitglied des Lohn- und Tarifkartells für die Gemeindearbeiter Berlins und hat in dieser Eigenschaft bisher gemeinsam mit uns die einschlägigen Fragen bearbeitet. Die Vertreter des Verbandes der Maschinisten und Heizer im Lohnkartell sind durch konkrete Erklärungen vom Schreiben ihres Hauptvorstandes abgerückt. Wir erhalten nunmehr Kenntnis, daß der Hauptvorstand dieser Organisation über den Kopf des Lohnkartells hinweg erneut den Berliner Magistrat mit Anträgen auf Abschluß besonderer Lohn- und Manteltarife beauftragt. So verlangen die Leute erstens den Abschluß eines besonderen Manteltarifes mit Geltung für die Maschinisten und Heizer. Wie wir erfahren haben, hat der Berliner Magistrat das Verlangen abgelehnt, mit dem Hinweis auf den derselben Organisation mitunterzeichneten 4. Manteltarif. Während das Lohnkartell für den Monat August über die Neugestaltung der Löhne mit Einschluß der Ortsverwaltung des Verbandes der Maschinisten und Heizer verhandelt, hat der Zentralvorstand dieser Organisation geglaubt, ohne Rücksicht auf diese Verhandlungen mit besonderen Lohnanträgen an den Magistrat herantreten zu müssen. Wie diese Stelle die Interessen der Maschinisten und Heizer und damit auch der übrigen städtischen Arbeiter wahr, zeigt ein Blick in diese Anträge. Während das Tarifkartell für den Monat August mit dem Berliner Magistrat Löhne vereinbarte, die sich für Vollarbeiter zwischen 39,15 M. für ungelernete und 42,40 M. für gelernte Arbeiter bewegen, ergl. der Familien- und Kinderbeihilfen, beantragte der Zentralverband der Maschinisten und Heizer für den Monat August Löhne für Vollarbeiter, die sich zwischen 30 und 33 M. bewegen. Niemand ist von einer freigewerkschaftlichen Organisation mit den Interessen der Arbeiter in so schmählicher Weise

geludert worden, als es von dieser Stelle aus fortgesetzt geschieht. Die Angelegenheit wächst sich allmählich zu einem öffentlichen Skandal aus. Die Tariffkommission des Lohnartells hat beschlossen, den im Lohnartell vereinigten Organisationen aufzugeben, in einer öffentlichen Erklärung sich gegen diese Machinationen zu wenden und weiterhin die Organisationen, die sich dieser Erklärung nicht anschließen, aus dem Lohnartell auszuschließen.

Die Generalversammlung der Hutarbeiter tagte vom 20. Juni bis 1. Juli in Breslau. 66 Delegierte vertraten 27 408 Mitglieder. Das Vermögen des Verbandes betrug 2,3 Millionen Mt. Trohdem schon einmal von den Mitgliedern eine Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband abgelehnt war, wurde erneut beschlossen, den Mitgliedern die Verschmelzung mit dem Bekleidungs- oder dem Textilarbeiterverband zu empfehlen und eine Urabstimmung darüber vorzunehmen. Beschlossen wurde, dem Verbandsvorstand einen Beirat beizugeben, der mit dem Vorstand und Ausschuss bei außerordentlichen Maßnahmen mitzuwirken hat.

Rundschau

Die arbeitsfreie Zeit. Die deutschen Gewerbaufsichtsberichte enthalten interessante Angaben über die arbeitsfreie Zeit des Proletariats. Die älteren verheirateten Arbeiter suchen sich, wie übereinstimmend berichtet wird, für die freie Zeit noch Nebenarbeit, teils arbeiten sie im eigenen Gemüse- und Ackerland. Einen großen Umfang, besonders unter den jugendlichen Arbeitern, hat die Beteiligung am Sport genommen. Sie trägt nicht nur zur körperlichen Erleichterung bei, sondern drängt auch die reinen Vergnügungsvereine zurück. Selbst in den kleinsten Orten sind heute Arbeiterportvereine. Weiter nimmt für viele Arbeiter die Betätigung in Gewerkschaften und Betriebsvertretungen viel Zeit in Anspruch. Sehr geklagt wird überall über die zunehmende Vergnügungssucht der jüngeren Leute beiderlei Geschlechts sowie über das mangelnde Interesse am Bildungswesen. Bildungsveranstaltungen werden meist vom bürgerlichen Mittelstand besucht. Die Arbeiter stellen einen nur ganz kleinen Bruchteil der Besucher. Am besten besucht werden von Arbeitern die von den Gewerkschaften veranstalteten populär-wissenschaftlichen Vorträge. Diese Tatsachen zeigen, daß im Proletariat nicht Interesselosigkeit herrscht, sondern daß der Proletarier weniger Wissen sucht als ein Hineinwachsen in seine Weltanschauung, wie die Gewerkschaften und die Parteien es bieten. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß bei einer Betrachtung über die Ausnutzung der freien Zeit der Arbeiter die langen Wege zu berücksichtigen sind, die sehr viele Arbeiter täglich zweimal zurücklegen haben. Besonders in Gegenden mit rascher Industrialisierung legen die Arbeiter infolge der Wohnungsnot täglich oft recht bedeutsame Strecken zurück, die den Arbeiter ein gut Stück seiner freien Zeit nehmen. So wohnen im Landkreise Merseburg 18 653 außerhalb ihres Wohnortes. Und der Wohnort liegt entfernt: bei 3753 Arbeitern 3 bis 10 Kilometer, bei 10 770 Arbeitern bis 20 Kilometer, bei 435 Arbeitern über 30 Kilometer! Der Hin- und Rückweg zum Arbeitsort erfordert täglich entsprechend dieser Einteilung bis zu 3, bis zu 4 und bis zu 6 und mehr Stunden! Bezüglich der Durchführung der Verordnungen über die Arbeitszeit hat man dieselben Erfahrungen gemacht: gute Beachtung der Vorschriften in den größeren und mittleren Betrieben und da, wo die Arbeiterkraft gut organisiert ist.

Arbeitszeitverkürzung und Leistung. Für das Unternehmertum ist es eine Selbstverständlichkeit, daß Arbeitszeitverkürzung und Leistung dasselbe sind. Statistische Feststellungen eines Werkes der Düsseldorf Grobisenindustrie beweisen jedoch, daß die Leistungen des Arbeiters, trotz Herabsetzung der Arbeitszeit, im ständigen Steigen begriffen sind. Es ist selbstverständlich, daß die Leistungen die der Vorkriegszeit nicht erreichen. Das ist nur möglich, wenn auch die äußeren Bedingungen der Vorkriegszeit gegeben sind, wie dieselbe Ernährung. Aber wenn die Erzeugung für Rohstahl je Arbeiter 1919 5,3, 1920 5,9 und 1921 7,9 betrug, so zeigt das, wie die Leistung auch bei geringerer Arbeitszeit steigen kann und wie sie auch bei bedeutend geringerer Arbeitszeit gegen den Frieden mit 9,8 gar nicht mehr allzu weit entfernt ist. In den Walzwerken des Unternehmens erreichte die Erzeugung pro Arbeiter sogar 9,5 Prozent der Leistung von 1913 trotz bedeutend geringerer Arbeitszeit!

Der Dollar und die Preise.

Auf der bekannten Zahlenleiter springt jäh der Dollar himmelan, Und alle Preise laufen heiter im gleichen Tempo hinterher. — Der Kaufmann spricht: Ja diese Sachen, sie kosten heut schon wieder mehr. Bedauere, doch was soll ich machen? Freiz, reich mal rasch das Kurzblatt her! Doch wenn — auch dieses gibt's zuweilen — der Dollar sich herniederläßt, Da kennt der Preise Schar kein Eisen, sie bleiben, wo sie sitzen, fest. Da hilft kein Bitten und kein Loben, kein Hinweis auf den Kurzbericht, Sie hocken auf den Sprossen droben und grinsen frech dir ins Gesicht. Peter Michael.

Verbandsteil

Der Verbandsausschuß hat sich am 6. September konstituiert. Es wurden gewählt:

- Zum 1. Vorsitzenden Kollege Chr. Lang,
- 2. Vorsitzenden Kollege Hugo Schmoll,
- 1. Schriftführer Kollege Hugo Koh,
- 2. Schriftführer Kollege Jos. Roth.

Für den Verbandsbeirat wurden die Kollegen Lang und als Vertreter und die Kollegen Schmoll und Sammet als Beiratsmitglieder bestimmt.

Die Adressen der Verbandsausschußmitglieder sind:

- Chr. Lang, Stuttgart-Gannstatt, Wilhelmstr. 6.
- Hugo Schmoll, Stuttgart-Gaisburg, Talstr. 105.
- Hugo Koh, Stuttgart-Bohnang, Gartenstr. 80.
- Joseph Roth, Stuttgart-Heslach, Burgstr. 11, IV.
- Karl Sammet, Stuttgart-Gaisburg, Hauptstr. 46, I.
- Wilhelm Hahn, Stuttgart, Pfarrstr. 14, Hths. II.
- Eugen Böhringer, Stuttgart-Bohnang, Solitudestrasse.

Sendungen für den Verbandsausschuß erluchen wir wie am den Schriftführer Hugo Koh, Stuttgart, Holzstr. 10, zu senden. Der Verbandsausschuß

Briefkasten

Richtigstellung. Im Bericht über unsern Verbandstag in Burg ist in Spalte 843 unserer „Gewerkschaft“ als Schriftführer Winnig, Frankfurt a. d. O., angeführt. Es soll heißen: Winnig, Frankfurt a. M.

Eingegangene Schriften und Bücher

(Eine Besprechung der eingegangenen Bücher und Schriften behält die Redaktion vor.)

Des Urselns Dreifaltigkeit. (Gautsbücher.) Metaphysische Meme III. Von Max Baier, Bogen. Von der Urbevogung, Dreifaltigkeit des Seelenden. Spezielle Metaphysische Probleme. Verlag: Faustverlag G. m. b. H., München. Preis 21 Mt. — Baier sucht das grundlegende Problem der modernen Physik, das der Wissenschaft, auf welches alle Erscheinungen auf „Bewegung und Materie“ zurückgeführt werden. Baier geht einen neuen Weg, indem er die physikalische Urbevogung befragt und die Richtung angibt, in welcher Widerspruch zwischen moderner materieller Strahlungstheorie und Dualitätstheorie beseitigt werden kann.

Der Mensch als Kraftmaschine. Von Prof. Dr. Karl D. Heimer, Berlin. Verlag: Georg Thieme, Leipzig. Preis 30 Mt. — Der Mensch lernbegieriger Hörer, die Materie guter Bildungserweiterung in einem Druckwerk zu finden, ist hier über ein Streifen zwischen Biologie, Chemie und Technik erfüllt. Oppenheimer dem seinen in diesem Werk festgelegten Vorträgen daran, daß nicht der die notwendigen Vorkenntnisse besitzt, trotzdem aber auch den beiden gleichzeitig grundsätzliche Ausführungen gebracht werden können. Selben Teilen wird Wissenswertes und Nützliches gebracht.

Ein artilischer Robinson. („Reisen und Abenteuer“ Nr. 17) 25 Abbildungen und 2 Karten. Von Einar Mikkelsen. Verlag: F. W. Brockhaus, Leipzig. Preis 40 Mt. — In seinen 40 Mt. Mikkelsen wollte die letzten Lebenswege seines unglücklichen Mannes Mollus-Erichsen und dessen Begleiter näher feststellen. Er gewiß nicht, wie hart ihn selbst das Geschick für seinen Fortschritt treffen sollte. Er war auf einem kleinen, aber wichtigen Schiff mit einer Schar mutiger Begleiter ausgezogen. Erst nach zwei Jahren kehrte er zurück und seinen einzigen Gefährten die lange bang ersehnte Entdeckung. Was Mikkelsen in diesen Jahren erlebte, ist lebenswahrhaftig ein Roman.

Die neue Ernährungslehre. Von M. Hindbebe, Kopenhagen. Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Dr. Landmann, Oranienburg-Eben. Verlag: Emil Pahl, Dresden. Preis 30 Mt. — In leicht verständlicher Form bringt Hindbebe, der Leiter des Staatlinstituts für Ernährungs-forschung in Kopenhagen Materialstudium und zur Beurteilung der wichtigsten Ernährungsfragen. Wert erscheint rechtzeitig, um gegenüber der bestehenden Lebenserhaltung Nachprüfungen anzustellen, ob unsere bisherige Ernährungsrichtigkeit war und ob es möglich ist, durch Aenderung des Speisestoffes am besten gleichwertige, aber weniger kostspielige Ernährung zu erzielen.

Die Werkstatt des Volkes. Von Gerhart Egger. 600 S. Sammlung sozialistischer Jugendschriften. Verlag: „Freiheit“, Berlin. Preis 5 Mt.